



Nah
Mobilität
Wrangelkiez

SOZIAL-INKLUSIVE BETEILIGUNG BEI DER MOBILITÄTSWENDE IM WRANGELKIEZ

Auswertung von Fokusgruppen mit
türkeistämmigen Personen, Gewerbetreibenden
und langjährigen Kiezbewohnenden

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:

Fachgebiet Integrierte Verkehrsplanung
Technische Universität Berlin
Fakultät Verkehrs- und Maschinensysteme
Institut für Land- und Seeverkehr
Sekt. SG 4, Salzufer 17-19, 10587 Berlin

FÖRDERUNG:

Das Projekt wird vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) aus Mitteln des Nationalen Radverkehrsplans (NRVP) gefördert.

PROJEKTLEITUNG UND -DURCHFÜHRUNG:

Prof. Dr. Christine Ahrend, Projektleitung
Prof. Dr. Oliver Schwedes, Projektleitung (bis 03/2023)
Johannes Roderer, Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Martha Vobruba, Wissenschaftliche Mitarbeiterin (bis 03/2023)
Till Uppenkamp, Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Eda Koca, Studentische Mitarbeiterin (bis 03/2023)
Noemi Kuß, Studentische Mitarbeiterin

Projekt-Blog: www.wrangelkiez.hypotheses.org

Website Fachgebiet: www.ivp.tu-berlin.de

Berlin, Juni 2023



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

INHALT

	1	SEITE 5: EINLEITUNG Seite 5: Das Projekt Seite 5: Anlass & Ziel der Fokusgruppen Seite 5: Teilnehmende
SEITE 12: ABLAUF DER FOKUSGRUPPEN Ansprache & Einteilung: Seite 12 Durchführung & Arbeitsklima: Seite 12 Ablauf und Inhalte: Seite 13	2	
	3	SEITE 17: AUSWERTUNG DER INHALTE Seite 17: Vorgehen & Methodik
SEITE 19: ERGEBNISSE Türkeistämmige Personen: Seite 19 Wohndauer über 10 Jahre: Seite 23 Gewerbetreibende: Seite 28	4	
	5	SEITE 33: SCHLUSS & AUSBLICK Seite 33: Schlussfolgerungen Seite 35: Ausblick

1

1 EINFÜHRUNG

Das Projekt

In dem Projekt Nahmobilitätskonzept Wrangelkiez NahMob begleitet und erforscht ein Team von Wissenschaftler:innen der TU Berlin seit November 2020 den Prozess der Umsetzung der Mobilitätswende im Wrangelkiez. Ein Schwerpunkt der Forschung liegt dabei auf der Optimierung des Planungs- und Beteiligungsprozesses. Zentrale Fragestellungen sind dabei: Welchen Beitrag kann Beteiligung bei der Planung und Umsetzung von Maßnahmen der Mobilitätswende auf Quartiersebene leisten? Wie kann gute und erfolgreiche Beteiligung gelingen ohne dabei bestimmte Teile der Gesellschaft auszuschließen?

Anlass und Ziel der Fokusgruppen

Im Rahmen der bisherigen Arbeit im Wrangelkiez hat sich gezeigt, dass Teile der Bevölkerung vor Ort dem Vorhaben der Mobilitätswende kritisch gegenüberstehen. Im Rahmen einer Konfliktfeldanalyse wurden die in unterschiedlichen Beteiligungs- und Erhebungsergebnissen geäußerten Kritikpunkte ausgewertet und zu sachbezogenen und prozessbezogenen Konfliktfeldern zugeordnet (vgl. Vobruba & Roderer 2023). Es handelt sich um sachbezogene Kritik, wenn Maßnahmen der Mobilitätswende abgelehnt werden, da negative Effekte zum Beispiel auf die eigene Mobilität, auf das Verkehrssystem oder den Sozialraum erwartet werden. Prozessbezogene Kritik hingegen bezieht sich auf die Art und Weise von Planung und Partizipation. Dabei wird zum Beispiel die Prioritätensetzung bei der Realisierung von Maßnahmen, die demokratische Legitimierung von Entscheidungen oder der Umgang mit Partizipationsergebnissen kritisiert.

Die kritischen Argumente liefern wichtige Hinweise für die Planenden hinsichtlich der Planung und Umsetzung von Maßnahmen sowie der Gestaltung von Beteiligung. Problematisch kann die ablehnende Haltung der Kritiker:innen jedoch werden, wenn den Argumenten keinen

Raum zur Begegnung mit Gegenargumenten gegeben wird. Wenn keine Möglichkeiten zur Aushandlung bestehen bzw. wenn bestehende Möglichkeiten zum Einbringen der Kritik nicht wahrgenommen werden, schwelen die Konflikte vor sich hin, tragen zur Polarisierung bei und führen letztendlich zur Eskalation. Zwischen den entstehenden Fronten von Befürwortenden und Gegner:innen entstehen Konfliktmuster, die ein gegenseitiges Verständnis in weite Ferne rücken und das Handeln der Planenden zum Spießrutenlauf machen.

Im Sinne eines Planungsverständnisses, das Konflikte und deren Austragung als natürlichen und kreativen Bestandteil von Transformation begreift (vgl. Healey 2006; Mouffe 2014), wird für den Dialog und die Aushandlung, als entscheidende Bestandteile des Planungsprozesses, plädiert. Zentrale Voraussetzung dafür, dass kritischen Stimmen Raum gegeben wird und die Menschen sich ernst genommen fühlen, ist eine sozial-inklusive Beteiligung. Eine Beteiligung, die möglichst allen Menschen offensteht.

Um die Voraussetzungen und Anforderungen an eine solche sozial-inklusive Prozessgestaltung in der kommunalen Verkehrsplanung zu erheben, wurden drei Zielgruppen zu dem Thema befragt. Bei den Zielgruppen handelt es sich um Menschen, bei denen im Rahmen von Voruntersuchungen eine skeptische Einstellung gegenüber dem Prozess und / oder der Sache identifiziert wurde. Die Befragung wurde mithilfe von Fokusgruppen durchgeführt.

Teilnehmende

Anders als beispielsweise bei repräsentativen Methoden mit Zufallsauswahl, erfolgt bei den Fokusgruppen eine bewusste Auswahl der Teilnehmenden durch die gezielte Ansprache und Einladung. Bei den drei Zielgruppen handelt es sich um Menschen, die den verkehrsberuhigenden Maßnahmen im Wrangelkiez aus verschiedenen Gründen kritisch gegenüberstehen. Sie erwarteten entweder negative Auswirkungen



Methodik Fokusgruppe

Fokusgruppen sind eine sozialwissenschaftliche Methode zur qualitativen Datenerhebung. Durch die Befragung von mehreren ausgewählten Personen (sechs bis zu zwölf Teilnehmer:innen) zur gleichen Zeit, kann im Vergleich zu Interviews mit Einzelpersonen eine deutlich schnellere Erhebung von verschiedenen Perspektiven auf eine Fragestellung erfolgen. Zwar steht den Teilnehmenden deutlich weniger Redezeit zur Verfügung, als beispielsweise Teilnehmenden eines Einzelinterviews, jedoch wird im Rahmen der Gruppe vorhandenes kollektives Wissen rasch erschlossen und erhoben. Zudem können neue Ideen durch die Äußerungen einzelner Menschen stimuliert werden (vgl. Schulz 2012: 12f). Für die Methode der Fokusgruppe im Vergleich zu Einzelinterviews sprechen, neben den Argumenten des geringen Ressourceneinsatzes und der höheren Leistungsfähigkeit einer Gruppe, weitere Aspekte wie die Chance zwischen aktiver und passiver Teilnahme zu wechseln sowie die Minimierung von sog. Interviewereffekten und der sozial erwünschten Meinungen (vgl. Pelz et al. 2004: 3f). Im Gegensatz zu Erhebungen bei größeren Gruppen sind Kleingruppen generell besser geeignet, den jeweiligen Erzählungen von Einzelpersonen Raum zu geben und in die Tiefe zu gehen, anstatt auf einer allgemeineren Ebene der Diskussion zu bleiben (Hetz 2020: 151f.).

In der einschlägigen Literatur wird dazu geraten, die Fokusgruppen bezüglich sozioökonomischer und demografischer Merkmale homogen zu besetzen, damit die Kommunikation untereinander ungehemmter und offener ablaufen kann (vgl. Pelz et al. 2004: 7; vgl. Schulz 2012: 14). Bei einer insgesamt heterogenen Zielgruppe können verschiedene Fokusgruppen durchgeführt werden, deren jeweilige Erhebungsergebnisse einander gegenübergestellt werden. Aufgrund von negativen Effekten auf die Qualität der Diskussion wird von einer persönlichen Bekanntschaft der Teilnehmenden untereinander abgeraten (vgl. Schulz 2012: 15).

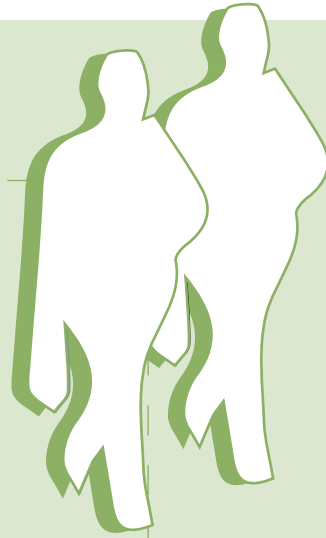
Weitere wichtige Merkmale sind der gezielte Input mit Informationen durch die Moderation, um die Diskussion in der Kleingruppe anzuregen sowie die Nutzung eines Leitfadens. Der Leitfaden dient der Moderation als Orientierungshilfe und hilft zudem eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse verschiedener Fokusgruppen zu gewährleisten (vgl. Schulz 2012: 9f).

Teilnehmende

Fokusgruppe Türkeistämmige Personen

7 Teilnehmende

- türkeibezogene Migrationsgeschichte
- Wohnsitz im Wrangelkiez
- Geschlechts- und altersmäßig gemischt



Fokusgruppe Wohndauer über 10 Jahre

8 Teilnehmende

- Wohndauer von mind. 10 Jahren im Wrangelkiez
- Relativ heterogen in Bezug auf sozioökonomischen und beruflichen Hintergrund
- Heterogene Geschlechterverteilung mit leicht erhöhtem Frauenanteil
- Relativ hohes Durchschnittsalter
- Eine Person mit Migrationsgeschichte



Fokusgruppe Gewerbetreibende

5 Teilnehmende

- Vertretende von Gewerbebetrieben, hauptsächlich Inhabende
- Gemischte Zusammensetzung hinsichtlich Standort im Wrangelkiez, Gewerbeart, Migrationsgeschichte, Geschlecht und Alter sowie hinsichtlich Betriebsbestehen im Wrangelkiez



auf die eigene Mobilität, das Verkehrssystem und / oder den Sozialraum und / oder haben Vorbehalte gegenüber dem Planungs- und Partizipationsprozess. Die Teilnehmenden der Fokusgruppen wurden anhand folgender Merkmale zusammengesetzt, die sich im Rahmen der Projekterfahrung als beispielhaft für eine sach- oder prozessbezogene Skepsis herausstellten:

- türkeistämmige Personen (kurz: TP),
- Wohndauer von mind. 10 Jahren (kurz: WD),
- und Gewerbetreibende (kurz: GE).

Im Folgenden werden die drei Gruppen und die Auswahlkriterien vorgestellt. Die Abgrenzung der Merkmale ist nicht trennscharf, so kann eine Person gleichzeitig alle Merkmale erfüllen. Neben der Erfüllung des Gruppenmerkmals wurde bei der Auswahl auf eine möglichst große geschlechts- und altersmäßige Durchmischung geachtet, um ein diverses Spektrum hinsichtlich der persönlichen Erfahrungen zu erreichen.

Türkeistämmige Personen (TP)

Im Wrangelkiez besitzt über die Hälfte der Menschen (51 %) eine Migrationsgeschichte¹. Obwohl die Zahl in den letzten Jahren konstant gesunken ist, hat die Türkei als Herkunftsgebiet die größte Bedeutung für den Kiez. Rund 32 % der Menschen mit Migrationsgeschichte bzw. 17 % der gesamten Einwohner:innen im Kiez stammen direkt oder indirekt aus der Türkei (vgl. Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg 2020: 22). Im Wrangelkiez handelt es sich bei den türkeistämmigen Menschen um Menschen unterschiedlicher Ethnien - vor allem um Türk:innen und Kurd:innen – bei denen die tür-

kische Sprache oft das verbindende Element ist. Seit dem Anwerberabkommen zwischen der BRD und der Türkei im Jahre 1961 prägen türkeistämmige Menschen Kreuzberg und den Wrangelkiez. Sie leben und arbeiten hier bereits in dritter oder vierter Generation.

Aus den bisherigen Untersuchungen im Wrangelkiez wurde eine verbreitete skeptische Haltung gegenüber der Mobilitätswende bei dieser Gruppe deutlich. Dabei spielt die Mobilität mit dem eigenen bzw. dem Auto eines Familienmitglieds eine große Bedeutung. Die repräsentative Anwohnendenbefragung zur Machbarkeitsuntersuchung² zeigt, dass sich die befragten türkeistämmigen Personen, außer zu Fuß vor allem mit dem ÖPNV und dem eigenen PKW fortbewegen. In Haushalten mit eigenem Pkw wird dieser sehr intensiv genutzt (vgl. Grallath et al. 2020: 53). Die Befragten aus einer ergänzenden migrantischen Nacherhebung zu der Anwohnendenbefragung haben zudem eine deutlich ablehnende Haltung gegenüber Mobilitätswende-Maßnahmen (vgl. Grallath et al. 2020: 53). Auch negative Effekte auf den Sozialraum, wie die Zunahme von Gentrifizierungstendenzen bei Wohnen und Gewerbe, Kriminalität oder Verwahrlosung des öffentlichen Raums, ausgelöst durch die Mobilitätswende werden befürchtet. Aufgrund einer starken Identifikation mit dem Kiez fühlen sich Personen aus dieser Gruppe selbst besonders von sozialräumlichen Veränderungen betroffen. Zusätzlich agieren sie solidarisch, als Teil eines großen sozialen Netzwerks.

Die Auswertung der Haushaltsumfrage weist darauf hin, dass türkeistämmige Personen Beteiligungsangebote seltener wahrnehmen. Ergänzend wurde bei der Erhebung zur Mobilität von türkeistämmigen Frauen festgestellt, dass sich diese „von den klassischen – oft punktuell-

¹ „Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde. Im Einzelnen umfasst diese Definition zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländerinnen und Ausländer, zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte, (Spät-) Aussiedlerinnen und (Spät-) Aussiedler sowie die als Deutsche geborenen Nachkommen dieser Gruppen.“ (Statistisches Bundesamt 2020).

² Angaben zum Herkunftsland wurden in der Umfrage nicht erhoben. Die Aussagen sind daher in Bezug auf türkeistämmige Menschen Anhaltspunkte, die die begrenzt valide sind. Im Nachgang wurde eine Zusatzbefragung durchgeführt bei der eine türkischsprachige Person gezielt Personen mit Migrationshintergrund aufsuchte, um den Fragebogen auszufüllen.

len – Mitsprache- und Beteiligungsangeboten nicht angesprochen“ fühlen (Vobruba 2021: 7). Sie sehen sich unterschiedlichen Barrieren gegenübergestellt, die sich auf Ansprache, Kommunikation sowie Rahmenbedingungen von Beteiligung beziehen. Auch im Rahmen einer Studie zum Thema „Beteiligung und Aktivierung türkischsprachiger Bewohnerinnen und Bewohner im Quartiersmanagementgebiet Wrangelkiez“ wurde bereits im Jahr 2006 festgestellt, „dass bestimmte Bewohnergruppen im Wrangelkiez, insbesondere solche mit einem Migrationshintergrund, bei den klassischen Beteiligungsverfahren, wie zum Beispiel Bewohnendenversammlungen, unterrepräsentiert sind“ (Başaran 2006: 7).

Menschen mit einer Wohndauer von mindestens 10 Jahren (WD)

Die Gruppe der Menschen mit einer längeren Wohndauer wurde aus den folgenden Gründen für die Erhebung ausgesucht:

Menschen mit einer längeren Wohndauer neigen im Vergleich zu Menschen mit kürzerer Wohndauer häufiger dazu, eine verkehrliche Weiterentwicklung des Kiezes, zum Beispiel durch die Schaffung autofreier Straßenzüge oder die Umnutzung von Pkw-Stellplätzen, abzulehnen (vgl. Grallath et al. 2020: 33). In der Auswertung der repräsentativen Umfrage wird diese Einstellung mit der im Vergleich zu anderen Personengruppen überdurchschnittlich hohen Pkw-Nutzung und Pkw-Besitz begründet (ebd.).

Bei den Menschen dieser Gruppe besteht zudem ein großer Wissensschatz über den Kiez sowie Erfahrungen mit diversen Planungs- und Beteiligungsverfahren. Die Personengruppe identifiziert sich mit ihrem Kiez, ist gut vernetzt, zivilgesellschaftlich engagiert und hat eine erhöhte Bereitschaft, an Beteiligungsprozessen mitzuwirken. Allerdings fühlen sich Vertretende dieser Gruppe auch stärker von Veränderungen betroffen und bedroht, und bringen sich daher mit dem Ziel, Veränderung zu verhindern, in Prozesse ein (vgl. Habringer & Stoik 2022: 122).

In verschiedenen Gesprächen mit Menschen mit einer langen Wohndauer im Wrangelkiez wurde das Projektteam mit Aussagen konfrontiert, die eine Skepsis und teilweise Resignation in Bezug auf Partizipation zum Ausdruck brachten. Die festgestellte Unzufriedenheit mit der politischen Entscheidungsfindung und die Wahrnehmung von Legitimierungsdefiziten begründet in vielen Fällen eine (zusätzliche) ablehnende Haltung gegenüber der Mobilitätswende im Kiez.

Gewerbetreibende (GE)

Der Wrangelkiez ist stark geprägt von seinen Gewerbebetrieben. Vor allem entlang der beiden zentralen Straßen im Kiez, der Falckenstein- und der Wrangelstraße, besteht eine besonders hohe Dichte an Ladenlokalen mit Einzelhandel oder Gastronomie sowie vereinzelt Handwerk und anderen Dienstleistungen.

Gewerbetreibende stehen Umgestaltungsmaßnahmen im Rahmen der Mobilitätswende häufig skeptisch gegenüber. Bei verschiedenen Vorhaben in anderen Teilen Berlins kam es bereits zu Klagen von Gewerbetreibenden gegen Maßnahmen. Bei vielen Gewerbebetrieben bildet der Standort, dessen verkehrliche Erreichbarkeit und die Gestaltung des umliegenden öffentlichen Raums eine entscheidende wirtschaftliche Grundlage. Dabei wird häufig ein starker Fokus auf den motorisierten Kund:innen- und Lieferverkehr gelegt. Zufahrtsmöglichkeiten und Ladebereiche für große Lieferfahrzeuge sowie Stellplätze für den motorisierten Kund:innenverkehr im direkten Umfeld werden oft als wichtige Faktoren bewertet (vgl. Hartfiel & Knapschinsky 2020: 8).

Gleichzeitig sind Gewerberäume im Wrangelkiez, wie in vielen anderen Teilen der Stadt, von Aufwertungs- und Verdrängungstendenzen betroffen. Steigende Gewerbemieten und eine Homogenisierung der Gewerbenutzungen zum Beispiel in Richtung gastronomischer Nutzungen sind Folgen und Ursache zugleich. Maßnahmen zur Steigerung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum werden vor diesem Hintergrund als Beschleuniger von Verdrängungseffekten gesehen (vgl. Roderer et al. 2022: 10f).

Der im Rahmen der Mobilitätswende angestrebten Reduzierung des motorisierten Verkehrs und Aufwertung des öffentlichen Raums stehen viele Gewerbetreibende kritisch gegenüber. Bei einer entsprechenden Befragung von Gewerbetreibenden im Rahmen der Machbarkeitsuntersuchung lehnten entsprechend 43 % der Befragten eine verkehrliche Weiterentwicklung des Wrangelkiezes zugunsten nachhaltiger Mobilitätsformen ab – 33 % der Befragten sprachen sich dafür aus, 23 % waren geteilter Meinung oder waren nicht ausreichend über das Thema informiert (Hartfiel & Knapschinsky 2020: 4).

Das lokale Gewerbe und die Gewerbetreibenden haben eine große Bedeutung für die nachhaltige Weiterentwicklung des Verkehrs im Kiez. Zum Beispiel ist das Konzept von Nahmobilität bzw. einer Stadt der kurzen Wege nur durch eine dichte und heterogene Gewerbestruktur umzusetzen. Darüber hinaus stehen die Gewerbetreibenden als Sprachrohr und Multiplikator:innen mit vielen Menschen in Kontakt und haben insofern eine gewichtige Stimme. Die Beteiligung dieser Zielgruppe in Planungsprozessen gestaltet sich jedoch oft schwierig. In verschiedenen Gesprächen des Projektteams mit Gewerbetreibenden vor Ort stellte sich heraus, dass Gewerbetreibende sich oftmals nicht ausreichend über Planungen oder Beteiligungsmöglichkeiten informiert fühlen, die Rahmenbedingungen als Hemmnis empfinden und letztendlich das Gefühl haben, nicht ausreichend beteiligt worden zu sein.

2

2 ABLAUF DER FOKUSGRUPPEN

Ansprache und Einladung

Die Ansprache und Einladung der Teilnehmenden stellte bei der Durchführung der Fokusgruppen einen zentralen Aspekt dar. Bei der Durchführung verschiedener Beteiligungsangebote im Kiez, aber auch in anderen Projektgebieten, gelang es nur selten die betreffenden Zielgruppen – insbesondere türkeistämmige Menschen und Gewerbetreibende – erfolgreich anzusprechen und ihre Teilnahme sicherzustellen. Daher wurde in dieser Phase der Durchführung mit besonderer Sorgfalt und Beharrlichkeit vorgegangen.

Zur zielgenauen Ansprache wurden diverse Einladungsformate gewählt. Etwa zwei bis drei Wochen vor der Durchführung der Fokusgruppen wurde ein Einladungstext in deutscher und türkischer Sprache über verschiedene digitale Kanäle verbreitet. Dabei wurde auf die Auszahlung einer Aufwandsentschädigung von 75 Euro hingewiesen. Es wurde ein Sondernewsletter des Projekts versendet und ein Eintrag auf dem Projektblog verfasst. Zudem wurden die Einladungen mit der Bitte um Weiterleitung per Mail an verschiedene Multiplikator:innen im Kiez (z. B. Parkrat Görlitzer Park, Kiezanker oder WrangelkiezRat e.V.) gesendet. Diese verbreiteten die Einladung über ihre Verteiler. Durch den Kiezanker wurde die Einladung zusätzlich auf Facebook und Nebenan.de verbreitet und in gedruckter Form in den eigenen Räumlichkeiten ausgelegt.

Bei der Gruppe mit Vertretenden einer Wohndauer über 10 Jahre wurde schnell die gewünschte Teilnehmendenzahl erreicht. Anfangs meldeten sich viele Personen, die bereits in anderen Beteiligungsverfahren in Erscheinung getreten sind, die gut vernetzt und politisch eingebunden sind. Durch die größere Anzahl an Bewerbenden konnte eine Auswahl getroffen werden, die auch weniger artikulationsstarke Teilnehmende berücksichtigte und zudem eine geschlechts- und altersmäßige Durchmischung gewährleistete.

Die Ansprache und Einladung der Gewerbetreibenden und der türkeistämmigen Personen erwies sich erwartungsgemäß als schwieriger und erforderte zusätzliche Maßnahmen. Folgende Schritte wurden vorgenommen:

- Direkte persönliche Ansprache in Gewerberäumen und bei einem türkischen Frauentreff im Kiezanker auf Deutsch und Türkisch durch das Projektteam,
- Überzeugungsarbeit und umfassende Erläuterungen zum Projekt und den Fokusgruppen,
- Betonung, dass eine Veröffentlichung der Daten und Ergebnisse nur unter Wahrung der Anonymität stattfinden,
- Angebot der Fokusgruppe TP auf Türkisch bzw. zweisprachig sowie homogene Zusammensetzung der Gruppe mit Menschen aus der türkeistämmigen Community
- Ansprache (persönlich, telefonisch, per Messenger und E-Mail) durch die türkischsprachige Projektmitarbeiterin, die auch persönliche Kontakte zu Menschen im Wrangelkiez hat,
- Angebot einer Kinderbetreuung,
- Vorziehen der Fokusgruppe „TP“ von 18 Uhr auf 16 Uhr,
- Erinnerungsmails und -anrufe kurz vor der Veranstaltung.

Durchführung und Arbeitsklima

Die Fokusgruppen wurden an drei verschiedenen Terminen im November und Dezember 2022 unter dem Titel „Wie willst du einbezogen werden, wenn es um die Verkehrsplanung in deinem Kiez geht?“ durchgeführt. Die erste Gruppe (WD) fand am 25. November 2022 statt. Die zweite Gruppe mit türkeistämmigen Personen (TP) fand am 30. November und die dritte Gruppe mit Gewerbetreibenden (GE) am 02. Dezember 2022 statt. Die Gruppen wurden durch verschiedene Mitglieder des Projektteams moderiert und durchgeführt. Zusätzlich zur Moderation waren ein bis zwei weitere Personen aus dem Projektteam anwesend, die

bei der Organisation und Durchführung unterstützten und ergänzend zur Tonbandaufnahme protokollierten. Die Fokusgruppen WD und GE wurden auf Deutsch durchgeführt. Bei der Fokusgruppe TP moderierte die türkischsprachige Projektmitarbeiterin Frau Koca und führte einen zweisprachigen Workshop durch. Alle Fokusgruppen wurden in den Räumlichkeiten des lokalen Familien- und Nachbarschaftszentrum „Kiezanker 36“ im Wrangelkiez durchgeführt und dauerten zwischen anderthalb und zweieinhalb Stunden. Die Teilnehmenden saßen an U-förmig angeordneten Tischen. Es wurden Getränke und Häppchen aus einer lokalen Bäckerei angeboten.

Bei den Gruppen WD und GE wurde eine viertelstündige Pause genutzt. Die Teilnehmenden der Gruppe TP verzichteten auf die Pause, um anschließend so schnell wie möglich mit anderen Verpflichtungen fortfahren zu können. Einzig Teilnehmende der Fokusgruppe TP nahmen das Angebot zur Kinderbetreuung in einem benachbarten Raum wahr: Insgesamt wurden drei Kinder durch ein Mitglied des Projektteams betreut.

Die Durchführung verlief ohne Komplikationen, sodass das angestrebte offene Diskussionsformat bei allen drei Fokusgruppen umgesetzt werden konnte. Es erschienen alle angemeldeten Teilnehmenden, nur bei der Gruppe GE sagte eine Person kurzfristig ab.

Es wurde sehr konzentriert gearbeitet und diskutiert, sodass die mitunter komplexen Fragen fokussiert und effizient beantwortet wurden. Dadurch konnten die Veranstaltungen in einer kürzeren als der angesetzten Dauer von drei Stunden durchgeführt werden. Stellenweise driftete die Diskussion ab zu einer allgemeinen Kritik an der verkehrlichen Situation bzw. auf bereits umgesetzte verkehrliche Maßnahmen. Die Moderation griff hier lenkend ein. Zudem wurden auf die Einhaltung der Zeit sowie die Einbeziehung möglichst aller Teilnehmenden geachtet.

Die Teilnehmenden pflegten einen vertrauensvollen und wertschätzenden Umgang und ließen einander zu Wort kommen, sodass ein relativ ausgewogener Redeanteil zustande kam. Zudem wurden auch persönliche Anekdoten

mit teilweise privaten Inhalten und Problemstellungen geteilt. Die Teilnehmenden, insbesondere bei der Fokusgruppe TP, tauschten sich vor und nach dem Workshop weiter intensiv aus und halfen dem Projektteam beim Auf- und Abbau.

Ablauf und Inhalte

Als förderlich für das Arbeitsklima erwiesen sich die Vorstellungsrunde zu Beginn, die Vereinbarung zum gegenseitigen Duzen, die Zusammensetzung mit gemeinsamem Gruppenmerkmal sowie der Veranstaltungsort, mit dem viele der Teilnehmende bereits vertraut waren

Der Ablauf gliederte sich in Themenblöcke, die anhand einer Bildschirmpräsentation und durch die leitfadengestützte Moderation strukturiert wurden. In einem ersten Teil stellte sich die Moderation und das Projektteam vor und gab eine kurze Einführung zum Forschungsprojekt NahMob sowie zu Anlass und Zielen der Fokusgruppe. Darüber hinaus wurde auf die Einhaltung grundlegender Gesprächsregeln hingewiesen sowie um Erlaubnis zur Aufzeichnung des Gesprächs unter Wahrung der Anonymität der Teilnehmenden bei der anschließenden Auswertung und Veröffentlichung der Ergebnisse hingewiesen. Die Teilnehmenden stimmten dem zu.

Im Rahmen einer Vorstellungsrunde lernten sich die Teilnehmenden etwas besser kennen. Anschließend erfolgte der Einstieg in das Thema Partizipation. Durch eine Abfrage zum generellen Zugang zu politischer Beteiligung, etwa Teilnahme an den letzten Wahlen oder politisches Engagement, wurde in das Thema geführt. Die anschließenden Fragen ermöglichten die Erhebung von bisherigen Erfahrungen und Wahrnehmungen von Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen der Verkehrsplanung im Kiez. Der zentrale Themenblock beschäftigte sich mit den Möglichkeiten zur Verbesserung von Beteiligung. Dabei wurde mittels verschiedener Fragestellungen, u. a. anhand verschiedener Partizipations-Szenarien, erhoben, in welcher Intensität, mit welchen Formaten und zu welchem Zeitpunkt im Planungsprozess die Teilnehmenden beteiligt werden möchten.

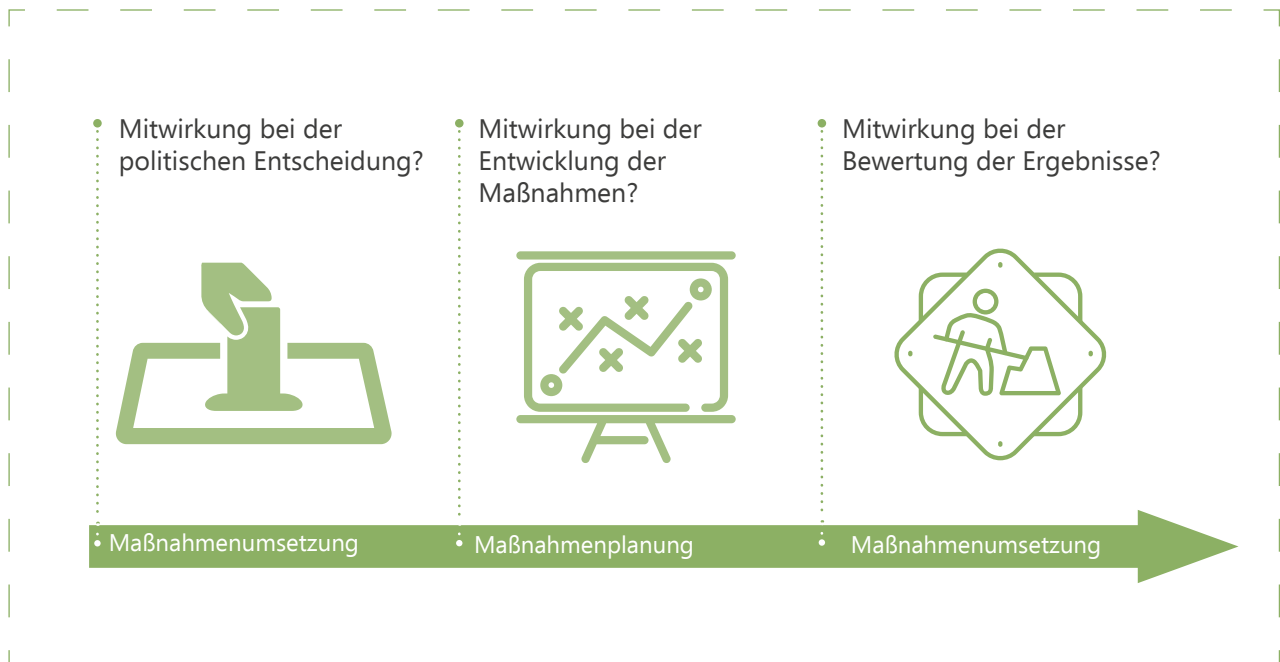
Zentrale Leitfragen:

„In welcher Phase im Planungsverlauf würdest Du dich gerne wie beteiligen: politische Entscheidung, Maßnahmenplanung oder Maßnahmenumsetzung und -bewertung? Was erwartest Du dir davon?“

„Wie willst Du dich gerne beteiligen?“ (anhand von fünf Szenarien kombinierter Formate und Methoden)

Zusätzlich wurden Fragen zur Motivation zur Teilnahme an den Fokusgruppen sowie an potenziellen zukünftigen Erhebungs- und Beteiligungsformaten gestellt.

In den drei Fokusgruppen wurden grundsätzlich die gleichen Themenschwerpunkte behandelt. Da die Fokusgruppe der türkeistämmigen Personen sowohl für die vorliegende Untersuchung im Rahmen des Projekts als auch für die Untersuchung im Rahmen einer Bachelorarbeit, mit einer weiterführenden Fragestellung zum Beispiel zum Thema institutionelle Teilhabe genutzt wurde, wurden zusätzliche Fragen behandelt, die jedoch nicht Gegenstand der vorliegenden Auswertung sind. Die vollständigen Fragen sind auf dem Projektblog zu finden.



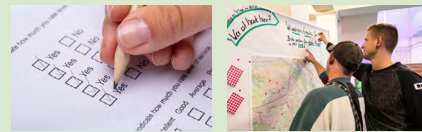


Wie willst Du dich gerne beteiligen?

5 Szenarien für die Partizipation:

1 Fragebogen + Planungsveranstaltungen

> nicht bindende Ergebnisse



2 Regelmäßige Informationen über die Planungen + große Infoveranstaltung

> keine direkte Mitwirkung bei der Planung



3 Engagement in einer Bürger:inneninitiative



4 Regelmäßig stattfindender Arbeitskreis

> bindende Ergebnisse



5 Provisorische Umsetzung von Maßnahmen + Einbringen von Verbesserungsvorschlägen

> Vorschläge sind nicht bindend



6 Alternativvorschlag: Ich möchte lieber...



3

3 AUSWERTUNG DER INHALTE

Vorgehen und Methodik

Das Ziel der Inhaltsanalyse ist die systematische und regelgeleitete Auswertung und Interpretation des vorliegenden Interviewmaterials. Die Grundlage für die Auswertung bildet das manuell transkribierte Interviewmaterial – insgesamt rund fünf Stunden– aus den drei Fokusgruppen. Das Transkript der Gruppe TP wurde zusätzlich ins Deutsche übersetzt. Damit die Teilnehmenden in der Auswertung nicht erkennbar werden bzw. damit ihre Aussagen keiner Person zuordenbar sind, werden keine Namen von Personen oder Gewerbebetrieben bei den verwendeten Zitaten genannt.

Die Auswertung der Transkripte erfolgte mithilfe der Software Atlas.Ti auf Grundlage der Methodik einer qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2010: 92ff.). Dabei wurden die Vorteile einer strukturierenden und einer zusammenfassenden Inhaltsanalyse kombiniert. Um ein regelgeleitetes und einheitliches Vorgehen zu ermöglichen sowie um den Text in seiner Komplexität zu reduzieren und die Analyse damit zu erleichtern wurde vorab ein Kategoriensystem und ein Kodierleitfaden aufgestellt. Dabei orientierte sich das Kategoriensystem an den in den Interviewleitfäden formulierten Fragestellungen und berücksichtigte weiterhin bisherige Untersuchungsergebnisse im Projekt sowie die in den Fokusgruppen gesammelten Eindrücke. Dabei haben sich folgende Kategorien ergeben, nach denen das Interviewmaterial deduktiv analysiert wurde und schließlich folgende erste thematische Gliederung der Texte ermöglichte:

- Einladung und Ansprache
- Motivation zur Teilnahme
- Genereller Zugang zu politischer Partizipation
- Wahrnehmung und Nutzung bisheriger Beteiligungsmöglichkeiten
- Verbesserungsvorschläge für Kommunikation und Beteiligung

Nach einem Testlauf stellte sich heraus, dass die Kategorien eine sinnvolle Form der Strukturierung bieten und beibehalten werden konnten. Im Rahmen der weiteren Analyse des Inter-

viewmaterials kam es zur weiteren induktiven Bildung von Codes und Kategorien, die zusätzlich zur Beantwortung der Forschungsfragen dienten (vgl. Mayring 2015: 61).

Das im Rahmen der Auswertung strukturierte und zusammengefasste Interviewmaterial wurde im Anschluss interpretiert. Als prägnante Ergebnisse wurden vor allem Aussagen aufgefasst, die besonders intensiv diskutiert, wiederholt genannt oder besonders gut begründet wurden. Die Interpretation der drei Fokusgruppen-Ergebnisse wurde zunächst innerhalb des Projektteams aufgeteilt. Anschließend wurden sich die Erkenntnisse und Interpretationen gegenseitig gespiegelt, um sie so zu validieren.

Die Ergebnisse der einzelnen Fokusgruppen wurden zunächst separat mit einer einheitlichen Struktur betrachtet, wobei die vorab entwickelten Kategorien weiter zu folgender Gliederung verdichtet wurden: Zunächst wird der grundsätzliche Zugang zu Politik und Partizipation sowie die Motivation der Teilnahme (1) der Teilnehmenden in den jeweiligen Fokusgruppen wiedergegeben. Die vielfach geäußerten negativen Erfahrungen mit bisherigen Beteiligungsmöglichkeiten und die Motive für die Nicht-Wahrnehmung von Teilhabeangeboten werden unter „Barrieren bei der Partizipation“ (2) dargelegt. Als „Verbesserungsvorschläge für eine erfolgreiche Beteiligung“ werden sowohl die genannten Vorschläge für die Kommunikation und Beteiligung als auch Erfolgsfaktoren bei Einladung und Ansprache (3) aufgeführt. Die Erkenntnisse werden mit Zitaten aus den Gesprächen untermauert.

Anschließend an die separate Betrachtung der drei Gruppen wurden Vergleiche angestellt, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Sinne von übergeordneten und übertragbaren Schlussfolgerungen abzuleiten.

4

4 ERGEBNISSE

Türkeistämmige Menschen

1 Einstellungen gegenüber Politik und Partizipation, Motivation zur Teilnahme

Die Teilnehmenden der Fokusgruppe der türkeistämmigen Menschen gaben an, bereits stark vernetzt vor Ort zu sein und sich in lokalen Einrichtungen zu engagieren. Sie begrüßten grundsätzlich das Vorhandensein von Partizipationsangeboten und bekundeten eine Mitwirkungsbereitschaft. Die Menschen bezogen sich sowohl auf die Teilnahme an vergangenen und zukünftigen Beteiligungsangeboten sowie auf die Teilnahme an der Fokusgruppe selbst. Als Gründe für die Teilnahme bzw. das Interesse wurden die eigene Betroffenheit und die Identifikation mit und Verwurzelung im Wrangelkiez sowie das Bedürfnis, einen Beitrag für eine bessere Gesellschaft leisten zu wollen, genannt.

„Da ich in demselben Kiez geboren und aufgewachsen bin, bin ich mit der Hoffnung hierhergekommen, um zu sehen, was sich von nun an ändern wird, wenn wir hier mitmachen. Die Hoffnung stirbt zuletzt, wie man so schön sagt.“

Positiv hervorgehoben wurde, dass Beteiligung einen Beitrag zur Förderung von Gemeinschaft und Vertrauen leistet. Eine vertrauensvolle Gemeinschaft, die zusammenhält – zum Beispiel innerhalb der Nachbarschaft – wurde zugleich als wichtiger Ausgangspunkt für den Anstoß und die Umsetzung von Veränderungen vor Ort gesehen.

„Ich würde mich gerne beteiligen [...]. Solange eine Gemeinschaft wie diese zusammenkommt, werden die Menschen einander mehr und mehr vertrauen.“

2 Barrieren bei der Partizipation

Gegenüber den eigenen Anforderungen und dem Wunsch nach einer umfassenden Mitwirkung und Teilhabe, bestanden aus Sicht der Teilnehmenden der Fokusgruppe der türkeistämmigen Menschen Barrieren, die die Beteiligung erschweren. Diese lassen sich in verschiedene Kategorien einordnen.

Kommunikation

Die Teilnehmenden gaben an, dass sie entweder nicht ausreichend informiert waren oder gar keine Kenntnis über bestehende Beteiligungsangebote und -möglichkeiten hatten. Es wurde angegeben, dass die üblicherweise genutzten Kommunikations- und Informationskanäle sie nicht erreichten.

„Als es um den Verkehr ging, haben wir nichts gehört.“

„Keiner hat uns gefragt.“

Zeitliche Ressourcen

Darüber hinaus wurde Zeitmangel als wichtiger Grund für eine eingeschränkte Wahrnehmung von Beteiligungsangeboten genannt. Insbesondere einmalige, punktuelle Angebote stünden häufig zeitlich in Konkurrenz zu beruflichen und privaten Verpflichtungen und könnten daher nicht wahrgenommen werden.

Umgang mit Beteiligungsergebnissen / Machtlosigkeit

Auch wenn eine Teilnahme an Beteiligungsangeboten bzw. ein Engagement zustande kam, wurde bemängelt, dass die Ergebnisse nicht oder nur zu wenig aufgegriffen worden seien. Entsprechend zeigten sich die Teilnehmenden frustriert. Angesichts der Wahrnehmung, dass als Einzelperson keine spürbaren Einflussmöglichkeiten bestünden, stellte sich ein Gefühl von Machtlosigkeit ein.

„Wir haben es so sehr versucht, aber es hat nicht geklappt.“

Sprachliche und kulturelle Barrieren

Als weitere Gründe für eine ausbleibende Beteiligung wurden sprachliche und kulturelle Barrieren genannt. Teile der Community, insbesondere ältere Menschen, verfügten nicht über die entsprechenden Deutschkenntnisse, die erforderlich wären, um Einladungstexte zu verstehen bzw. deren Relevanz für das eigene Leben zu erkennen, an Umfragen teilzunehmen oder sich selbstsicher genug an fachlichen Diskussionen beteiligen zu können.

„Nicht jeder kann die deutsche Sprache, denn es gibt Menschen aus der Türkei aus jedem Altersmilieu [...]. Kommen Sie rein, aber es wird Deutsch gesprochen, dann gehen sie einen Schritt zurück.“

Neben der sprachlichen Komponente wurden auch kulturelle Barrieren genannt, die von einer Beteiligung abhielten. Teilnehmende fühlten sich im Rahmen von Veranstaltungen, die von einer Vorherrschaft einer „biodeutschen“ Kultur geprägt waren, unwohl und teilweise missverstanden. Aufgrund ihrer von eigener Sprechweise und Temperament empfanden die Teilnehmenden sich selbst als abweichend und aneckend.

„[...] selbst unser normaler Tonfall kann missverstanden werden, wenn wir mit einem Deutschen sprechen. Als ob wir mit ihm schimpfen würden [...].“

Im Zusammenhang mit kulturellen Barrieren wurde auch auf fehlende Kompetenzen auf Seiten der Planenden verwiesen. Laut den Teilnehmenden wüssten die Planenden teilweise nicht, wie sie die Community richtig erreichen oder ansprechen könnten.

„Nun, sie konnten uns nicht erreichen. Ich meine, sie wussten nicht, wie sie uns erreichen konnten.“

en bzw. deren Relevanz für das eigene Leben zu erkennen, an Umfragen teilzunehmen oder sich selbstsicher genug an fachlichen Diskussionen beteiligen zu können.

Systemische Barrieren: Demokratie, Staat und Diskriminierung

In diesem Zusammenhang wurde immer wieder auch ein grundsätzliches Misstrauen in die demokratischen und staatlichen Strukturen geäußert. Gemachte Wahlversprechen würden von den Politiker:innen ohnehin nicht umgesetzt bzw. handelten die Entscheidungstragenden nur entsprechend der Partikularinteressen einiger Weniger. Zudem wurde die Vertrauenswürdigkeit von Beteiligungsformaten oder Umfragen in Frage gestellt. So wurde bezweifelt, dass die erhobenen Daten tatsächlich nur bei den angegebenen Urheber:innen landeten und nicht in die Hände zwielichtiger privatwirtschaftlicher Organisationen gelangten. Andererseits wurde auch die Vertrauenswürdigkeit staatlicher Institutionen angezweifelt. So wurde befürchtet, dass die erhobenen Daten und Informationen gegen die Teilnehmenden verwendet werden – zum Beispiel wenn es um Fragen rund um die Staatsbürger:innenschaft, Aufenthaltsrechte oder steuerliche Belange geht.

Eng verbunden mit der kritischen Einstellung gegenüber bestehenden demokratischen und staatlichen Strukturen sind auch konkrete Erfahrungen oder Ängste in Bezug auf Diskriminierung genannt worden.

Ausgehend von Rassismus-Erfahrungen, die etwa bei der Wohnungs- und Jobsuche oder bei Behördengängen gemacht wurden, besteht das Gefühl, dass die benannten Barrieren bei der Partizipation zu Verkehrs- oder Stadtentwicklungsthemen auch bewusst als Mechanismen der Ausgrenzung gegenüber der türkeistämmigen Community genutzt würden.

„Ich denke jemand, der uns erreichen möchte, kann uns in allen Fällen erreichen.“

Hinzu kommt, dass für einen großen Teil der türkeistämmigen Community im Wrangelkiez die grundsätzlichen Möglichkeiten zur Teilhabe durch politische Wahlen fehlen. Als türkische Staatsbürger:innen besitzen viele von ihnen kein Wahlrecht in Deutschland. Aus persönlichen Gründen (Identität, Verbundenheit, rechtliche Aspekte etc.) lehnen sie die alleinige deutsche Staatsbürger:innenschaft ab, die doppelte Staats-

bürger:innenschaft wird ihnen nur in Ausnahmefällen ermöglicht. Angesichts der Tatsache, dass viele der türkeistämmigen Menschen bereits sehr lange im Wrangelkiez leben und arbeiten – teilweise in dritter oder vierter Generation – wurde die fehlende Teilhabe an politischen Wahlen als große Einschränkung und Diskriminierung wahrgenommen.

„Ich mit meinem türkischen Pass glaube nicht, dass ich bei irgendeiner Wahl in Berlin teilnehmen könnte. Das Problem liegt darin. Man kann eben da nicht teilnehmen, da fängt ja der Rassismus an.“

3 Verbesserungsvorschläge für eine erfolgreiche Beteiligung

Gemäß den Teilnehmenden der Fokusgruppe muss eine gute und erfolgreiche Partizipation die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

Beteiligungstiefe

Grundsätzlich sei die umfassende Bereitstellung von Informationen zu Planung und Partizipation sowie eine frühzeitige Einbeziehung der Betroffenen erforderlich. Vor allem wurde eine Mitbestimmung auf Augenhöhe gefordert, die einen Einfluss auf politische Entscheidungen und den Planungsprozess ermögliche.

„Natürlich will man informiert werden. Na klar, aber ich sag mal so, der persönliche Einfluss ist mir wichtiger.“

„Wir möchten gehört, oder besser gesagt, wir möchten ernst genommen werden.“

Phase im Planungsprozess

Eine Mitwirkung wurde in allen Phasen des Planungsprozesses, von der politischen Entscheidung über die Maßnahmenplanung bis zur Bewertung der Umsetzungsergebnisse, gewünscht.

„In jeder Phase wollen wir als Volk [...] teilhaben.“

Dabei bestand die grundsätzliche Einsicht, dass eine weit fortgeschrittene Planung oder Umsetzung, nur noch geringe Möglichkeiten zur eigenen Einflussnahme böte. Entsprechend wurde der Schluss gezogen, dass die Beteiligung an politischen Wahlen die zentrale Weichenstellung für Planungsprozesse darstellt.

„Wir müssen vorsichtig unsere Stimme abgeben. Denn das ist der Ausgangspunkt für die Planung.“

Der Phase der Maßnahmenplanung wurde jedoch der größte direkte Einfluss auf die Ergebnisse der Umgestaltungen beigemessen.

„[...] meiner Meinung nach sind die Planung und die Ideensammlung ausschlaggebend und natürlich dementsprechend würde bei der dritten Phase nur noch umgesetzt. Aber wenn man wirklich irgendwas beeinflussen möchte, dann ist meiner Meinung nach die zweite Phase [die Maßnahmenplanung] am wichtigsten.“

Eine grundsätzliche Forderung ist daher die Offenheit von Partizipationsformaten für alle. Unabhängig von Alter, Herkunft etc. müsse politische Teilhabe durch Wahlen, Abstimmungen oder der Mitwirkung bei Planungen ermöglicht werden.

Beteiligungsformate und Methoden

Die zur Diskussion gestellten Formate und Methoden zur Beteiligung fanden Anklang. Das Format Arbeitskreis wurde intensiv diskutiert und als besonders geeignet für die partizipative Begleitung eines verkehrsplanerischen Projektes im Kiez angesehen. Hierbei wurde begrüßt, dass ein solches Format regelmäßig über einen längeren Zeitraum, projektbegleitend stattfinden könne. In die Besetzung mit Stellvertretenden aus dem Quartier und somit auch aus der eigenen Community wurde große Hoffnung gelegt. Dadurch könne eine gerechtere Repräsentation der eigenen Ansprüche und Bedarfe ermöglicht werden. Eine wichtige Voraussetzung sei dabei, dass die Entscheidungstragenden die formulierten Ziele und diskutierten Maßnahmen verbindlich beachten.

„Dann können beispielsweise wir als Stellvertreterinnen hier zusammenkommen und diese zusammentragen. [...] Mit anderen Worten: Die Ideen von zehn Personen können in Wirklichkeit von hundert Personen stammen.“

„[Arbeitskreis mit verbindlicher Nutzung der Ergebnisse] ist gut, Sie arbeiten nach einem festen Zeitplan. Und was für uns wichtig ist, denke ich, ist, dass sie verbindlich ist. Ich meine, wir können uns an der Umfrage beteiligen, wir können auch als Bürger die Initiative ergreifen, aber für uns ist es wichtig, dass sie verbindlich ist.“

Des Weiteren wurden repräsentative Umfragen und Abstimmungen als wichtige Instrumente gesehen, um Entscheidungen zu legitimieren. Hierbei wurde vorgeschlagen, einerseits die Einstellung zu richtungsweisenden Entscheidungen abzufragen und andererseits über konkrete geplante Maßnahmen oder Szenarien abstimmen zu lassen sowie eine Bewertung bereits umgesetzter Maßnahmen zu ermöglichen. Wichtig sei dabei, dass für die Befragten kein größerer zeitlicher Aufwand entstünde. Entsprechend seien Sachverhalte klar und verständlich darzustellen und Antwortmöglichkeiten möglichst zu vereinfachen – zum Beispiel auf Ja oder Nein. Sinnvoll sei auch die Nutzung digitaler Medien für Umfragen. Diese können sehr schnell und effizient für Abstimmungen genutzt werden, erreichten viele Menschen gleichzeitig und sprächen vor allem auch die Gruppe der jungen Menschen an. Als Beispiel wurde auf Umfrageformate bei Instagram hingewiesen.

„Meiner Meinung nach sollte es Mehrheitsentscheidungen, Mehrheitsumfragen geben.“

„Das Ausfüllen eines Fragebogens ist der einfachste und leichteste Weg, alle zu erreichen.“

Eng verbunden mit dem Wunsch nach konkreten Abfragen der Zustimmung zu einzelnen Maßnahmen, erfuhr das Vorgehen einer experimentellen oder provisorischen Maßnahmenumsetzung, inklusive der Möglichkeit zum Einbringen von

Verbesserungsvorschlägen, großen Zuspruch. In Form von Realexperimenten, Pop-up-Maßnahmen oder Realbeteiligungen würden die Vor- und Nachteile schnell deutlich. Durch eine begleitende Abfrage durch die Betroffenen vor Ort könne der Erfolg der Maßnahmen bewertet sowie der Bedarf für Verbesserung oder Rückbau erhoben werden.

„Also, dass man erst mal auf Probe etwas, was auch immer, irgendeine Entscheidung trifft und dann würde ich im Nachhinein, also nachdem man es ausprobiert hat, einen Fragebogen ausfüllen [...]“

Ergänzend zu den vorgestellten Optionen und Szenarien wurden Vorschläge zur Verbesserung von Beteiligung gemacht. Es wurde auf erfolgreiche Methoden von Beteiligung im ländlichen Raum in der Türkei hingewiesen, bei denen sich die Teilnehmenden wirklich gehört und ernst genommen fühlten. Die Dorfgemeinschaft werde etwa im Rahmen von Versammlungen angehört. Zudem wurde von einem Beispiel berichtet, bei dem der Bürgermeister von Tür zu Tür ging und mit den Menschen direkt wichtige Entscheidungen besprochen und legitimiert hat. Die große Nähe zu den Bürger:innen und die Direktheit der Beteiligungsmöglichkeiten wurden als sehr positiv gewertet.

Einladung und Ansprache

Mehr noch als die Fragen zur Intensität, zum Zeitpunkt im Planungsverlauf oder zur Methodik von Beteiligung stellten sich bei den türkeistämmigen Menschen die Form von Einladung und Ansprache sowie die Rahmenbedingungen bei der Durchführung von Beteiligung als entscheidende Erfolgsfaktoren heraus.

Die bei der Einladung zu den Fokusgruppen betriebene Ansprache wurde als zielführend aufgefasst und für eine künftige zielgruppengerechte Beteiligung empfohlen. Zentrale Aspekte seien die Kommunikation auf Türkisch, die persönliche Ansprache vor Ort, die umfassende Bereitstellung von Informationen – wodurch die eigene Betroffenheit und die Möglichkeit des eigenen Einflusses deutlich wurden – und vor allem die Ansprache durch eine bekannte Person bzw. eine Person

(Frau Koca), die als Teil der Community wahrgenommen wird.

„Bei mir warst du es, liebe Eda [...]. Du hast mich motiviert, das passt zu meinen Vorstellungen, auch für mich.“

Für eine erfolgreiche Ansprache seien lokale Einrichtungen und Strukturen wie Kiezanker, Schulen, Vereine, Cafés, Gewerberäume, Moscheen, Frauenfrühstück etc. als Verteiler zu nutzen. Zudem sollen Vertretende der Community wie zum Beispiel Gewerbetreibende oder der langjährige türkeistämmige Postbote als Sprachrohre eingebunden werden, um Einladungen und Informationen zu verbreiten. Als Ansprechpersonen könnten die Vertretenden zudem Informationen übersetzen, über digitale Beteiligungsformate informieren bzw. nicht internetaffine Personen bei der Teilnahme unterstützen sowie beim Ausfüllen von Fragebögen helfen.

Die Kommunikation könne einerseits per E-Mail, Messenger und Social Media erfolgen. Andererseits sollen postalische Anschreiben, Flyer, Aushänge, das (türkische) Lokal-Radio, das Telefon sowie die direkte persönliche Kommunikation „von Mund zu Mund“ genutzt werden. Wichtig sei dabei immer ein zweisprachiges Kommunikationsangebot.

„Alle kennen sich seit mindestens vierzig Jahren, und die beste Werbung ist die Mundpropaganda. Sie erreicht jeden.“

„[...] die Mehrheit derer, die hier leben, ist immer noch türkisch. Die meisten von ihnen werden Sie also auf Türkisch ansprechen.“

Als erfolgreiches Beispiel aus der Türkei wurde die Ansprache über mobile, an einem Auto angebrachte Lautsprecher genannt.

Rahmenbedingungen bei der Durchführung

Ebenso wie bei der Ansprache und Einladung wurde die Durchführung und Moderation durch eine Person aus der Community sowie das zweisprachige Angebot als Erfolgsfaktoren hervorgehoben.

„Zum Beispiel können wir das jetzt mit dir, Eda, auf Türkisch besprechen. [...]. Wir fühlen uns dir nahe, also sagen wir, was wir fühlen. Wir nehmen dich ernst und du nimmst uns ernst. Eine solche Zusammenarbeit wäre also besser.“

Darüber hinaus sei die Durchführung im Kiezanker wichtig gewesen. Dieser lokale Ort sei den meisten Menschen vertraut und werde als diskriminierungsfrei wahrgenommen. Ferner wurde vorgeschlagen, Partizipationsangebote in vorhandene Strukturen wie zum Beispiel das türkischsprachige Frauenfrühstück einzubinden.

„Sie können zum Beispiel eine solche Veranstaltung erkunden und uns vorstellen. Die meiste Zeit haben wir solchen Vorstellungen beim Frühstück zugehört und sogar mitgemacht. Dann wäre die Beteiligung größer.“

Des Weiteren wurden die angebotene Kinderbetreuung und die Zahlung einer Aufwandsentschädigung als förderliche Rahmenbedingungen erwähnt.

Wohndauer über 10 Jahre

1 Einstellung gegenüber Politik und Partizipation, Motivation zur Teilnahme

Die Teilnehmenden der Fokusgruppe von Menschen mit einer längeren Wohndauer im Kiez sind tief im Kiez verwurzelt und gut vernetzt. Zusätzlich gaben sie einen sehr hohen Grad von Politisierung an, so hatten 7 von 8 Menschen bei der letzten Wahl ihre Stimme abgegeben. Zudem gaben alle 8 Teilnehmer:innen an, im letzten Jahr Mittel der direkten Demokratie (Demonstration oder Petition) genutzt zu haben. Des Weiteren

waren auch über die Hälfte (5) von ihnen in einem Verein oder einer Initiative aktiv.

Sie halten grundsätzlich das Vorhandensein von Partizipationsangeboten für wichtig. Es wurde sowohl die erfolgte Teilnahme an einer Vielzahl vergangener Beteiligungsangebote genannt, als auch die Bereitschaft, an zukünftigen Partizipationsangeboten teilzunehmen.

„Wenn das so Themen sind, die mich interessieren, wie die Tram oder was, dann würde ich das auf jeden Fall auch machen.“

Durch ihre lange Wohndauer besteht bei den Teilnehmenden dieser Fokusgruppe eine sehr starke Verwurzelung mit dem Kiez. Daraus resultiert ein großes Informationsbedürfnis dazu, welche Veränderungen im Kiez geplant sind sowie eine hohe Motivation zur Mitbestimmung. In diesem Zusammenhang wurde mehrfach eine Angst vor Verdrängung geäußert. Sie wurde als eine weitere Motivation zur Beteiligung genannt, um Einfluss und Mitwirkung auf Planungen zu haben. Es wurde betont, dass ausreichend vorhandene Informationen über zukünftige Planungen eine Grundvoraussetzung sind, damit eine Beteiligung der Zivilgesellschaft stattfinden kann.

„Erstmal die Information, egal ob es groß oder klein ist, muss gegeben sein und dann kann jeder für sich entscheiden: interessiere ich mich weiter dafür?“

Neben der Beteiligung durch Fragebögen wurden mehrfach Veranstaltungen in lokalen Einrichtungen, wie dem ‚Kiezanker‘ und dem ‚Nachbarschaftshaus‘ genannt, die die Teilnehmenden mit großem Interesse wahrgenommen und besucht haben.

„Früher hat es ja hier im Kiezanker, ich glaub vier oder fünf so Runden gegeben, an denen man sich beteiligen konnte.“

Obwohl die Gruppe den Kiez gut kennt, sich verbunden fühlt und ihr Interesse an Partizipationsmöglichkeiten groß ist, sei sie von der Politik zu wenig beachtet worden. Die Entscheidungstragenden handelten zu wenig transparent und zu willkürlich, wodurch wenig Vertrauen in deren

Kompetenzen gesetzt wird. So sei eine zielgerichtete Planungsstrategie nicht erkennbar und eine Durchsetzung bestehender Maßnahmen und Regelungen bliebe aus.

„Im Endeffekt ist es für die Bewohner wichtig und das eben auch so zu überlegen. Ich finde es wurde auch oft genug nicht transparent genug gemacht.“

„Leute, wir haben hier ja eigentlich ein verkehrsberuhigtes Gebiet und man müsste das einfach kontrollieren.“

Zudem gab es Kritik an der Undurchsichtigkeit und den komplizierten Zuständigkeiten der Verwaltungsstrukturen, auch wurde fehlendes Vertrauen geäußert. Begründet durch nicht eingehaltene Versprechungen, dem Vorwurf der Durchsetzung von Eigeninteresse oder (aus ihrer Sicht) unbegründet abgelehnten Anträgen (zum Beispiel Genehmigung von Lieferzonen oder Behindertenparken).

„Zumindest wurde gesagt [...]. Wir machen die Poller und die weitere Planung für die Radspur in der Görlitzer Straße, die wird gemacht. Da hab ich aber auch nie wieder was von gehört.“

2 Barrieren bei der Partizipation

Trotz des großen Informationsbedürfnisses und der bereits wahrgenommenen Beteiligungsmöglichkeiten bestanden aus Sicht der Teilnehmenden dieser Fokusgruppe einige Barrieren bei der Partizipation. Diese werden im Folgenden in verschiedene Kategorien eingeordnet.

Kommunikation

Die Teilnehmenden gaben an, dass sie teilweise zu spät oder nicht ausreichend informiert wurden. Obwohl die Gruppe gut vernetzt und viel im Kiez unterwegs ist, wurde berichtet, dass teilweise keine Kenntnis über bestehende Beteiligungsangebote und -möglichkeiten bestand.

„Dann gab es andere Veranstaltungen, die sind komplett an mir vorbeigelaufen

und wo ich immer denke ich laufe mit solchen Ohren und solchen Augen durch den Kiez.“

Es wurde betont, dass neben den bereits genutzten Kommunikations- und Informationskanälen besonders die direkte Ansprache und Kommunikation über lokale Einrichtungen hilfreich sei. Barrieren bestünden teilweise aber in der digitalen Ansprache, zum Beispiel aufgrund von geringer Reichweite / Bekanntheit von Zugängen oder fehlender Kompetenz sowohl auf Verwaltungs- als auch zivilgesellschaftlicher Seite. Daher wurde weiterhin auch eine analoge Ansprache als wichtig erachtet.

„Flyer an der Tür, da kommt es dann noch am ehesten an, wenn man irgendwie seine Haustür aufschließt und dann sieht man es. Da kriegt man es dann auch mit!“

Zeitliche Ressourcen

Auch die zeitlichen Ressourcen der Teilnehmenden wurden als Einschränkungen angeführt. Besonders nur einmalige und punktuelle Beteiligungsangebote an Wochentagen und am Nachmittag oder Abend wurden als Zugangsbarriere beschrieben. Sie stehen in starker zeitlicher Konkurrenz zu beruflichen und privaten Verpflichtungen.

„Ja, ich find es schwierig, was die Beteiligung angeht [...] das bezieht sich dann auf Treffen, die abends an bestimmten Wochentagen stattfinden oder wenn du abends arbeitest, kannst du daran ohnehin nicht teilnehmen und damit ist man außen vor.“

Umgang mit Beteiligungsergebnissen / Machtlosigkeit

Auch wenn eine Teilnahme an Beteiligungsangeboten bzw. ein Engagement stattgefunden hat, wurde auch bei dieser Fokusgruppe kritisiert, dass die Ergebnisse nicht oder nur zu wenig aufgegriffen worden seien. In Bezug auf ausgefüllte Fragebögen wurde zum Beispiel eine fehlende Auswertung und Veröffentlichung der Ergebnisse

genannt. Als Folge eines solchen Umgangs mit Beteiligungsergebnissen und dem entsprechend fehlenden Einfluss entstünde Unzufriedenheit, Frustration und eine teilweise Ablehnung weiterer Partizipationsmöglichkeiten.

„Irgendwie, hatten wir aber am Ende das Gefühl, dass nicht viel davon eingeflossen ist.“

„Weiß man schon wieder nicht, schmeißen sie das wieder in eine Schublade? Oder was machen Sie damit? Schicken die Fragebögen raus und sagen: Ja, wir haben ja gefragt?!“

Sprachliche und kulturelle Barrieren

Sprachliche oder kulturelle Barrieren wurde durch Teilnehmende nicht als Gründe für eine ausbleibende Beteiligung ihrer Gruppe genannt. Es wurde aber erwähnt, dass diese Barrieren für andere Menschen bestehen können und es daher wichtig ist, alle Teile der Nachbarschaft bzw. Gesellschaft in die Beteiligungsprozesse einzubeziehen.

Systemische Barrieren: Demokratie, Staat und Verwaltung

Besonders gegenüber Politik und Verwaltung wurde mehrfach ein bestehendes Misstrauen geäußert, das eine Barriere zur Teilnahme darstellt. Es zeigte sich ein Vertrauensproblem gegenüber Beteiligungsformaten, besonders bei Umfragen. Dabei wurde angezweifelt, dass die erhobenen Daten tatsächlich in die Entscheidungsfindung einfließen. Eine fehlende Transparenz des Verwaltungshandelns wurde kritisiert. Beispielsweise wurden versprochene Maßnahmen nicht umgesetzt. Das hatte Skepsis und Ablehnung von Partizipationsangeboten und teilweise auch eine starke Politikverdrossenheit zur Folge. Entscheidungstragenden wurde dabei „Klientelpolitik“ und sogar Korruption vorgeworfen.

„Am Ende bestimmt dann doch wieder der Geldbeutel [...]“

3 Verbesserungsvorschläge für eine erfolgreiche Beteiligung

Gemäß den Teilnehmenden dieser Fokusgruppe wurden folgende Verbesserungsvorschläge für gute und erfolgreiche Partizipationsmöglichkeiten ausgesprochen:

Beteiligungstiefe

Es wurde sich grundsätzlich gegen eine punktuelle Beteiligung ausgesprochen. Kontinuierliche Informationen, direkte Befragungen und eine frühzeitige Einbeziehung der Bewohner:innen wurden hingegen gewünscht.

In Abhängigkeit von Maßnahmengröße /-umfang und Anzahl der Betroffenen wurde eine unterschiedliche Beteiligungstiefe vorgeschlagen. Vor allem bei großen Maßnahmen, wie beispielsweise der Tram-Verlängerung wurde eine starke Beteiligung der Bewohner:innen gefordert. Bei kleineren Maßnahmen könne die Intensität geringer ausfallen.

„Von einem Parklet sind ja nicht wirklich viele Leute betroffen, aber [...] von Polern ist ja der ganze Kiez betroffen und von der Straßenbahn natürlich auch. Und deshalb müsste man da eben die Beteiligung wirklich ordentlich hinkriegen.“

Wichtig sei aber grundsätzlich die Ernsthaftigkeit, mit der Beteiligung durchgeführt werde, die Verbindlichkeit im Umgang mit den Ergebnissen und der daraus resultierende Einfluss auf politische Entscheidungen. So sollte Beteiligung mindestens richtungsweisende Wirkung für die Politik haben und spürbar in Planung und Umsetzung einfließen.

Phase im Planungsprozess

Wichtig war generell eine frühzeitige Einbeziehung der Bewohner:innen, die nicht erst ansetzte, wenn die Maßnahme bereits auf der Straße umgesetzt ist.

„Viele Menschen bekommen die Änderungen erst mit, wenn sie auf der Straße

sind. Und wenn man überhaupt erst mal die Informationen bekommt, was passiert.“

Zudem wurde sich für intensive Mitbestimmung ausgesprochen, statt nur aus zwei Optionen wählen zu können. Bei kleineren Maßnahmen wurde nach der Maßnahmenumsetzung eine Bewertung mit Möglichkeit zur Nachbesserung gefordert.

„Also, ich finde es kommt halt drauf an. Sachen, wie die Tram. Da würde ich schon gern bei der politischen Entscheidung von Anfang an mitwirken, bei anderen Sachen, würde es mir bei der Maßnahmenplanung reichen. Bei der Bewertung, wenn es da ist.“

Beteiligungsformate und Methoden

Als zentrale Verbesserung wurde statt punktueller Beteiligung, ein längerfristiger Prozess ausgehend von regelmäßigen Informationen, aktiver Mitarbeit und Einbindung befürwortet.

[...] man braucht natürlich erst mal einen Infoabend, um überhaupt zu wissen, wovon es geht. [...]. Aber nur wenn ich regelmäßige Informationen kriege, kann ich überhaupt mitwirken.“

Wichtig war den Teilnehmenden der Fokusgruppen, dass versucht wird, vor allem die von den Maßnahmen betroffenen Bürger:innen in den Prozess einzubinden sowie die erhobenen Beteiligungsergebnisse auszuwerten und in den weiteren Prozess einfließen zu lassen.

„Also wenn, finde ich, sollten sie wirklich alle Bürger befragen, die betroffen sind in unserem Gebiet. Dass das dann auch ausgewertet wird.“

Damit dies gelingt sollte das Material grafisch ansprechend gestaltet und leicht zugänglich über verschiedene Medien zur Verfügung gestellt werden. Mehrmals wurde betont, dass eine transparente Auswertung von Beteiligungs- und Erhebungsergebnissen erfolgen müsse, zu der die Teilnehmenden Informationen bzw. eine Rückmeldung erhielten.

„Wenn Fragebögen rausgeschickt werden, dann sollte das auch irgendwie mal ausgewertet werden, damit das für die Politik bindend ist.“

Zudem wurden diverse Methoden zur Beteiligung befürwortet und konkretisiert. Beispielsweise wurden Fragebögen als sinnvoll erachtet, die die Menschen über verschiedene Kanäle erreichten, zum Beispiel durch direkte Ansprache, digital und analog (z. B. in Nachbarschaftszentren) oder als Postwurfsendung. Vor allem das Format Arbeitskreis wurde intensiv diskutiert. Besonders aufgrund seiner Regelmäßigkeit und der Besetzung mit Stellvertretenden aus dem Kiez wurde es als geeignetes projektbegleitendes Beteiligungsformat angesehen. Eine zentrale Voraussetzung sei, dass die erarbeiteten Ergebnisse eine Verbindlichkeit für die Entscheidungstragenden besitzen.

„Dann mache ich mich kundig, vielleicht im Kiezanker, vielleicht online irgendwo und kann dann entweder Fragebogen ausfüllen, wenn ich mich nicht dafür interessiere dann nicht. Und dann kann es weitergehen mit dem Arbeitskreis.“

„Ergebnisse des Arbeitskreises [sollen] tatsächlich bindend sein [...]“

Auch die provisorische Umsetzung von Maßnahmen wurde begrüßt, da diese schnell für Abhilfe sorgen könne. Die Wirkung dieser provisorischen Lösungsansätze sollte evaluiert werden, um Anpassungsbedarfe vor einer Verstetigung aufzuzeigen.

„Also die provisorische Umsetzung von Verkehrsmaßnahmen. [...] die sollte man unbedingt eigentlich immer machen.“

Um die nötige Aufmerksamkeit zu erzeugen und die Menschen in Kenntnis zu setzen, wurde zudem vorgeschlagen, die Maßnahmenumsetzung in Form von kleinen Straßenfesten zu zelebrieren und die Maßnahmen so „einzuweihen“.

Einladung und Ansprache, Rahmenbedingungen bei der Durchführung

Auch zur Form von Einladung und Ansprache gab es klare Vorstellungen sowie Verbesserungsvorschläge für die Rahmenbedingungen bei der Durchführung von Beteiligung.

Die Diversität bei Einladungsformen stellte sich als entscheidender Erfolgsfaktoren heraus, damit jeder:r die Möglichkeit zur Beteiligung bekomme. Dabei sollten digitale und analoge Medien zur Einladung aber auch für die Informationsweitergabe genutzt werden. Diese Angebote könnten dann durch geeignete und vertiefende Veranstaltungen ergänzt werden.

„Also es müsste analog und digital sein, wenn es nur um oberflächliche Dinge geht. Und das kann man dann ergänzen mit Veranstaltungen.“

Als Vorschläge für Einladung aber auch Informationsweitergabe wurden explizit Informationstafeln, Stände auf Kiezfesten, analoge und digitale Anzeigenschaltung, Postwurfsendungen, Plakate an Haustüren sowie eine Direktkontaktierung per Telefon, Mail oder Brief genannt. Dabei sollte die Ansprache als seriös wahrgenommen werden und deutlich machen, woher das Material komme und am besten direkte Kontaktadressen beinhalten.

„Es kommt vor allem darauf an, dass es irgendwie seriös wirkt, dass man also weiß, sich auf den Zettel verlassen kann, um sich dann da zu beteiligen [...]“.

In diesem Zusammenhang wurden besonders lokale Einrichtungen als vertrauensvolle Partnerinnen und Orte beschrieben. Öffentliche Einrichtungen im Kiez, wie der ‚Kiezanker‘ gelten als gute, zentrale Anlaufpunkte für Informationen und Austausch der Nachbarschaft, wo eine vertrauensvolle Ansprache gelingen kann.

„Kiezanker ist tatsächlich so ein bisschen was entstanden, dass ich zumindest selber das Gefühl habe: wenn ich will kann ich da hingehen und jemanden fragen.“

Gewerbetreibende

1 Einstellung gegenüber Politik und Partizipation, Motivation zur Teilnahme

Die Gewerbetreibenden waren sehr interessiert an der Teilnahme an der Fokusgruppe und motiviert, ihre Interessen zu vertreten bzw. zum Ausdruck zu bringen. Es ergab sich ein moderater Grad an politischer Mitwirkung. So hatten vier von fünf der Teilnehmenden bei der letzten Wahl ihre Stimme abgegeben. Anzumerken ist dabei, dass die Nicht-Wählende Person keine deutsche Staatsbürger:innenschaft hatte und angab, dass sie wählen würde, wenn sie könnte. Diese Person war wiederum als einzige in einem Verein oder einer Initiative aktiv. Nur zwei Teilnehmende gaben an, im letzten Jahr Mittel der direkten Demokratie (Demonstration oder Petition) genutzt zu haben. Alle Gewerbetreibenden, die Mitarbeitende beschäftigen (4 von 5), gaben an, diese in ihre Entscheidungen einzubinden.

Die Gruppe befürwortete Beteiligungsmöglichkeiten prinzipiell sehr und gab an, bereits an Partizipationsangeboten teilgenommen zu haben. Als Beispiel wurde die Haushaltsbefragung mittels Postwurfsendung genannt. Darüber hinaus wurde die Bereitschaft zur Teilnahme an zukünftigen Angeboten geäußert. Als leitendes Motiv wurde vor allem der wahrgenommene Mangel an Informationen zum aktuellen Planungsprozess genannt und die damit verbundene eigene Planungsunsicherheit für den Betrieb. Beispielsweise wurde beschrieben, dass die Maßnahme der Diagonalsperren erst bei der Umsetzung bekannt wurde, obwohl die Teilnehmenden im Kiez sehr gut vernetzt sind.

„Also meine Motivation war, überhaupt irgendwelche Informationen zu bekommen. Die aus gesicherter Quelle sind, als nur stille Postgeschichten. Um auch zu erfahren, was passiert so im Kiez.“

„Und irgendwann kam er wieder und meinte jetzt ist da diese Diagonalsperre. Und wir wussten das einfach nicht, obwohl mein Vater ziemlich viel mitbekommt.“

Andererseits fühlten sich die Teilnehmenden zu Mitwirkung und Engagement verpflichtet. Da sie sich mit dem Kiez identifizieren und dort verwurzelt seien, bestehe ein Gefühl von großer Betroffenheit durch verkehrsplanerische Maßnahmen (z. B. Anlieferung der Gewerberäume oder Haltemöglichkeiten für Handwerker).

„Für mich ist das auch ein bisschen moralischer Anspruch, sich zu engagieren und zu kümmern, wo man einfach ist. Und das ist auch das, was mir am meisten bleibt.“

„Was ist mit dem Lieferverkehr? Wie sollen wir denn das alles bewerkstelligen? Sollen wir dann über die Skalitzer? Wir kriegen so gefühlt so alle 7-8 Mal am Tag Ware.“

Zudem wurde die Motivation bzw. der Wunsch geäußert, sich durch die Fokusgruppe mit Menschen aus dem Kiez und insbesondere mit anderen Gewerbetreibenden zu vernetzen. Zum einen, um zu erfahren, was ähnlich betroffene Menschen von den bisherigen verkehrlichen Maßnahmen sowie der Beteiligung halten. Zum anderen aber auch, um die Interessen der Gewerbetreibenden zu vertreten.

„[...] eigentlich auch nur Leute zu treffen, wie die das sehen. Und ein bisschen das Haus [Anm. d. Verf.: Gewerbetreibenden-Verein] zu vertreten, weil ich wusste, dass sonst niemand von denen hier ist.“

Auch in dieser Gruppe wurde mehrfach fehlendes Vertrauen in die Politik durch intransparentes Verwaltungshandeln geäußert. Politische Entscheidungen, bei denen Beteiligungsergebnisse missachtet werden, führten zu Frust und hielten von weiterer Beteiligung ab.

„Wenn man merkt: Die machen doch was sie wollen, dann hat man auch keine Lust mehr, sich daran zu beteiligen!“

2 Barrieren bei der Partizipation

Trotz des großen Informationsbedürfnisses und dem starken Interesse an Mitwirkung nannten die Teilnehmenden Barrieren bei der Beteiligung.

Kommunikation

In Bezug auf die Kommunikation durch die Entscheidungstragenden wurde einerseits bemängelt, dass die Gewerbetreibenden nicht ausreichend über die Planung und Umsetzung von Maßnahmen informiert werden. (s.o.). Andererseits fehlten Informationen zu Beteiligungsmöglichkeiten bzw. seien die Teilnehmenden nicht erreicht worden.

Zeitliche Ressourcen

Als wichtiges Hindernis wurde Zeitmangel genannt. Ein Großteil der Teilnehmenden arbeitet selbstständig in Gastronomie und Einzelhandel, teilweise bis in die späten Abendstunden und auch am Wochenende. Die Teilnahme an Beteiligungsangeboten sei damit erschwert, vor allem wenn es sich um einmalige Veranstaltungen handle, die unter der Woche am Nachmittag oder frühen Abend, aber auch am Wochenende stattfänden.

„Also es kommt ja immer auf den Zeitraum an! Wenn man da anfängt, sich zu beteiligen, wenn man nebenbei selbst einen Job hat, hat man ja meistens keine Zeit mehr, sich noch so zu engagieren. Ja, da sind die Kräfte ja auch begrenzt.“

Sprachliche und kulturelle Barrieren

Da einige der Teilnehmenden einen Migrationshintergrund haben, wurden von ihnen sprachliche und kulturelle Barrieren bei der Beteiligung genannt; entweder aus der eigenen persönlichen Betroffenheit oder aus der Erfahrung von Freunden oder Familienmitgliedern berichtend. Eine teilnehmende Person berichtete, dass bei Verwandten diese Barriere bestehe und die Person sie daher zu Beteiligungsangeboten begleite.

„Also erstens die Zeit und zweitens vielleicht auch ein bisschen die Sprache. Er beherrscht die deutsche Sprache – klar. Aber jetzt nicht so, wie ich es tue.“

Systemische Barrieren: Demokratie, Staat und Verwaltung

Politik- und Verwaltungsstrukturen wurde ein generelles Misstrauen entgegengebracht. Es kam ein Gefühl von Machtlosigkeit zum Ausdruck und es konnten Anzeichen von Politikverdrossenheit identifiziert werden: Es wurde bezweifelt, dass durch Beteiligungsformate Entscheidungen überhaupt beeinflusst werden könnten, denn Politik setze sich über Beteiligungsergebnisse hinweg und ‚mache was sie will‘. Politik würde außerdem zugunsten eines bestimmten Klientels gemacht; bisherige Partizipationsmöglichkeiten wurden teilweise als „Fake“ beschrieben. Außerdem wurde der Vorwurf geäußert, dass Menschen mit mehr Zeit und besserer Vernetzung stärker bei Beteiligungen vertreten seien und diese entsprechend zu ihren Gunsten beeinflussten. Zudem wurde eine fehlende Transparenz bei den Verwaltungsstrukturen und -vorgängen beklagt. So sei unklar, an wen man sich mit welchen Problemen wende müsse.

„Das war ein absoluter Fake. Und was wirklich empörend war, war, dass Sie damit begründet haben.“

„[...] Und das war so ein klassisches Beispiel dafür, wie man Klientelpolitik macht.“

3 Verbesserungsvorschläge für eine erfolgreiche Beteiligung

Beteiligungstiefe

Informationen wurden als Grundlage bzw. als Mindestmaß für Beteiligung genannt. Darüber hinaus wurde der Wunsch zur Einflussnahme auf geplante Maßnahmen eingefordert. Zusätzlich zu einer transparenten Informationslage sollte daher auch die Möglichkeit zur Konsultation und Mitbestimmung gegeben werden. Dabei erwarteten

die Teilnehmenden nicht, dass jeder Vorschlag umgesetzt wird oder sie an allen Entscheidungen beteiligt werden.

„Das ein bisschen mehr auf uns eingegangen wird, was wir vorschlagen. [...] im Prinzip sagen sie nur, was gemacht wird und man hat keine Möglichkeit mehr, daran dann irgendwas zu verändern [...].“

„Man erwartet ja auch nicht, dass jede Entscheidung und dass alles umgesetzt wird. [...]. Aber das eben doch ein bisschen mehr darauf geachtet wird, was die Leute möchten.“

Phase im Planungsprozess

Eine Mitwirkung wurde in allen Phasen des Planungsprozesses, von der politischen Entscheidung über die Maßnahmenplanung bis zur Bewertung der Umsetzungsergebnisse, gewünscht. Betont wurde die Einbeziehung vor allem der von den Maßnahmen betroffenen Menschen. Als eine wichtige Rahmenbedingung wird eine größere Transparenz und Verbindlichkeit im Umgang mit den Resultaten aus den Partizipationsprozessen genannt. Die Beteiligungsergebnisse sollten für die Politik und Entscheidungstragenden mehr Verbindlichkeit haben. Beispielsweise sollten sich formulierte Ziele in geplanten Maßnahmen wiederfinden.

„Also ich finde es eigentlich wichtig, dass es in allen Phasen gemacht wird [...]. Weil wir sind ja diejenigen, die mit den Maßnahmen zu leben haben.“

Betont wurde die Bedeutung einer Einbeziehung bei der Bewertung und Evaluation der Umsetzungsergebnisse, vor allem bei längerfristigen Maßnahmen, sodass im Bedarfsfall passgenau nachgebessert werden könne.

„Ich finde es auch eine gute Möglichkeit, wenn man langfristige Maßnahmen umgesetzt hat, dass man dann anschließend nach einiger Zeit, [...] die Vor- und Nachteile beachtet und das dann halt wieder revidiert oder noch was hinzufügt.“

Beteiligungsformate und Methoden

Verschiedene Formate, wie Umfragen, Workshops und Veranstaltungen wurden befürwortet und als geeignet angesehen. Wichtig war den Teilnehmenden, dass ein Stimmungsbild zu den geplanten Veränderungen erhoben wird, dass in der weiteren Beteiligung und Planung Beachtung finde. So wurde die durchgeführte Beteiligung durch Fragebögen als geeignet angesehen. Allerdings fehlte den Teilnehmenden dabei eine Rückmeldung zur Verwendung der Ergebnisse. Insofern wurde deutlich, dass eine transparente Auswertung und Kommunikation über Nutzung und Einfluss der Ergebnisse auf den Planungsprozess ausschlaggebend ist.

„Wie gesagt, dass so Kommunikation stattfindet, dass Umfragen gemacht werden, Workshops, Seminare irgendwie. Dass jeder seine Meinung dazu äußern kann. Das man so ein generelles Meinungsbild erzeugt [...] und das dann eine Bewertung stattfindet. [...]“

Zusätzlich war den Teilnehmenden in Bezug auf die angebotenen Beteiligungsmöglichkeiten eine stärkere Regelmäßigkeit wichtig. Dabei schlugen sie beispielsweise regelmäßige Veranstaltungen vor, bei denen Vorschläge eingebracht werden könnten und die einen größeren Einfluss auf Planungen gewährleisteten.

„Regelmäßige Informationsveranstaltungen wären bestimmt gut [...]. Dann aber auch bitteschön, dass man noch Einfluss nehmen kann. Dass man noch Vorschläge machen kann“

Auch eine provisorische Maßnahmenumsetzung fand Anklang. So wurde etwa die testweise Umsetzung von Lieferzonen vorgeschlagen. Dabei sei es wichtig, dass die Regelungen durch die Verwaltung kontrolliert würden und eine Evaluation stattfinde.

„Also so eine provisorische Sache wie zum Beispiel, [...] einen Ladebereich [...]. Da dürfen keine Autos parken oder so [...]. Das wird dann kontrolliert, ob das auch von den Anwohnern und Gewerbetreibenden angenommen wird.“

Als Reaktion auf die festgestellten Defizite bei der Durchsichtigkeit von Verwaltungsstrukturen und -vorgängen wurde ein direkter Ansprechpartner in der Verwaltung vorgeschlagen, der bei Anträgen und Unklarheiten unterstützen könnte.

„[...] die Ansprechpartner [...], sozusagen ein Wegweiser im Behördendschungel.“

Einladung und Ansprache, Rahmenbedingungen bei der Durchführung

Es wurde eine breite Ansprache über diverse Medienformate vorgeschlagen. Die Teilnehmenden machten sich bewusst, dass nicht jede:r erreicht werden könne, aber dass dies zumindest der Anspruch sein sollte.

Es kamen Vor- und Nachteile bei den diskutierten Kanälen und Methoden zum Ausdruck. Deutlich wurde der Bedarf für eine diversifizierte Strategie, die verschiedene Medien wie Plakate und Aushänge sowie die direkte persönliche Ansprache berücksichtige. Dazu sollten zentrale Orte im Kiez genutzt werden, die von verschiedenen Personengruppen aufgesucht werden. Die direkte Ansprache sollte sowohl an gemeinschaftlichen Orten im Kiez als auch direkt per Mail oder Brief erfolgen. Besonders die direkte oder indirekte (Mund zu Mund) Ansprache durch vertraute oder bekannte Personen aus dem direkten Umfeld wurde als effektiv empfunden.

„[...] tatsächlich dann solche Läden wie Café oder die Apotheke im Kiez und macht da Plakate und Aushänge, um auf Veranstaltungen aufmerksam zu machen.“

„ Man übersieht [Plakate] ja auch gerne mal! Da würde ich direkte Kommunikation einfach vorziehen.“

Auch wurde eine Ansprache in verschiedenen Sprachen begrüßt. So sollte gewährleistet werden, dass tatsächlich die betroffenen Menschen erreicht werden – unabhängig von ihren Deutschkenntnissen.

Als positive Rahmenbedingung bei der Durchführung von Beteiligungsangeboten wurde die zielgruppengerechte Beteiligung, so wie sie in der Fokusgruppe durchgeführt wurde, befürwortet. Dabei wurde etwa die Gruppenzusammensetzung mit „Gleichgesinnten“ hervorgehoben.

5

5 SCHLUSSFOLGERUNGEN UND AUSBLICK

Schlussfolgerungen

Die Auswertung der drei Fokusgruppen mit Menschen, die Vorbehalte gegenüber der Mobilitätswende und dem Partizipationsprozess haben sowie denjenigen, die üblicherweise unterrepräsentiert bei Beteiligungsverfahren sind, liefert wichtige Erkenntnisse für die Optimierung hin zu einer sozial-inklusiven Beteiligung. Die Ergebnisse können bei künftigen Beteiligungen mit den befragten Zielgruppen angewandt werden.

Trotz vorhandener Unterschiede zwischen den Gruppen bei ihren Motiven und Bedarfen in Bezug auf die Mobilitätswende sowie ihren politischen Einstellungen und Teilhabemöglichkeiten, bestehen zahlreiche Schnittmengen hinsichtlich der erhobenen Motivation zur Teilnahme, den Barrieren sowie den Vorschlägen zu deren Reduzierung.

Im Folgenden werden die wichtigsten Gemeinsamkeiten bei der Motivation und den Barrieren aufgeführt. Anschließend folgt eine Auflistung von Verbesserungsvorschlägen, die bei der Beteiligung weiterer Zielgruppen genutzt werden können.

Motivation und Barrieren der Beteiligung

Alle drei Gruppen begrüßten grundsätzlich das Vorhandensein von Partizipationsangeboten und bekundeten eine Mitwirkungsbereitschaft. Ausschlaggebend für die Motivation zur Teilhabe war zum Beispiel die Betroffenheit, die Identifikation mit dem Quartier, die Verwurzelung vor Ort, das Bedürfnis, einen Beitrag für eine bessere Gesellschaft zu leisten, die Vernetzung mit anderen Betroffenen sowie der Informationsgewinn.

Fehlende Informationen zu Beteiligungsangeboten und eine nicht gelungene Kommunikation wurden als große Hürden wahrgenommen. Ohne Kenntnisse über bestehende Beteiligungsangebote, aber auch deren Zweck, Einfluss oder Urheberschaft, ist die Teilhabebereitschaft eingeschränkt. Auch zeitliche Ressourcen wurden als Einschränkung für die

Teilhabe wahrgenommen. Besonders, wenn Beteiligungsangebote nur einmalig stattfänden oder die Termine am Nachmittag oder frühen Abend lägen, stünden sie in Konkurrenz zu beruflichen und privaten Verpflichtungen. Bei den türkeistämmigen Personen sowie einem Teil der Gewerbetreibenden wurden sprachliche und kulturelle Barrieren sowie Diskriminierungserfahrungen und -ängste als Hinderungsgründe, die ihrer Teilnahme entgegenstehen, angegeben. Auch bestehen Zugangsbarrieren bei der Teilhabe an politischen Wahlen für einen großen Teil der Bevölkerung (Kinder, Jugendliche, Staatsbürger:innenschaft etc.), obwohl diese einen zentralen Ausgangspunkt für planerische Entscheidungen darstellen. Darüber hinaus kam in allen Gruppen ein gewisses Maß an Politikverdrossenheit und Misstrauen in das demokratische System zum Ausdruck. Demnach würden Beteiligungsergebnisse nicht genutzt, da keine Möglichkeit, Einfluss auf Entscheidungen zu nehmen, bestünde. Vor diesem Hintergrund besteht das Gefühl, dass eine angemessene Repräsentation der eigenen Bedürfnisse und Werte fände nicht stattfindet. Zudem würden die Entscheidungstragenden die öffentliche Beteiligung zur Legitimierung ihrer eigenen Zielsetzung missbrauchen. Entsprechend äußerten die Teilnehmenden der drei Gruppen den Wunsch nach Transparenz und einer verbindlicheren Nutzung und Veröffentlichung von Beteiligungsergebnissen.

Verbesserungsvorschläge

Zum Abbau bestehender Barrieren und zur Förderung der Motivation werden im Folgenden Handlungsempfehlungen für eine sozial-inklusive Partizipation aufgezeigt. Dabei werden sowohl die in den Fokusgruppen geäußerten Verbesserungsvorschläge, als auch die vom Projektteam wahrgenommenen positiven Erfahrungen (basierend auf einer Evaluation der Vorbereitung, Einladung und Durchführung der Fokusgruppen) aufgegriffen.

<p>Einladung und Ansprache</p>	<p>Ansprache über diverse Kanäle und Medien</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aushänge, Flyer, Postwurfsendungen oder Rundmails durch direkte und persönliche Ansprache ergänzen (in lokalen Einrichtung, auf der Straße, bei öffentlichen Veranstaltungen vor Ort oder in Gewerberäumen, telefonisch, per Mail oder Messenger), umfassende Informationen zum Projekt, Ziel und Umfang der Beteiligung bereithalten • Seriöse und vertrauensvolle Ansprache (deutlich erkennbare:r Urheber:in, direkte Kontaktadresse nennen, Wahrung der Anonymität und Datenschutz etc.) <p>Bei großen nichtdeutschen Communities:</p> <ul style="list-style-type: none"> • zweisprachige Ansprache und Einladungstexte • direkte Ansprache durch Person aus der Community • Radiosender der Community
<p>Rahmenbedingungen und Durchführung</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Transparente und öffentliche Kommunikation: Informationen zu Angeboten sowie zum Umgang mit den Ergebnissen von Beteiligung • Vertrauensvoller Rahmen: bekannter, diskriminierungsfreier Ort im Quartier, Vorstellungsrunde zu Beginn, Vereinbarung zum gegenseitigen Duzen, Gemeinsamkeiten bei der Gruppenzusammensetzung • Grenzen und Möglichkeiten der Beteiligung klar kommunizieren • Respektvolles und ernsthaftes Gespräch auf Augenhöhe ermöglichen • Kinderbetreuung anbieten • Aufwandsentschädigung zahlen <p>Bei großen nichtdeutschen Communities:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Durchführung und Moderation durch Person aus der Community • zweisprachiges Angebot
<p>Beteiligungstiefe</p>	<ul style="list-style-type: none"> • umfassende und kontinuierliche Information zu Planung und Beteiligung als Mindestanforderung • darüber hinaus Mitwirkung und Mitbestimmung je nach Umfang, Tragweite und Betroffenheit bei einzelnen Maßnahmen ermöglichen • Verbindlichkeit bei der Nutzung von Beteiligungsergebnissen und somit Einfluss auf politische Entscheidungen und Planungsprozess berücksichtigen

<p>Phase im Planungsprozess</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung in allen Phasen ermöglichen (politische Entscheidung, Maßnahmenplanung und Bewertung der Umsetzungsergebnisse) • Aufgrund von Zugangsbarrieren bei politischen Wahlen: Mitsprache bei der Maßnahmenplanung sowie bei der Bewertung der Umsetzungsergebnisse ermöglichen • Testweise Maßnahmenumsetzung inkl. partizipativer Evaluation und Nachbesserung nutzen
<p>Beteiligungsformate und -methoden</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Unterschiedliche Ansätze und Methoden kombinieren • regelmäßige Informationen zu Entscheidungen, Maßnahmen und zukünftigen Schritten (Veranstaltungen und andere Medien und Kanäle) • Arbeitskreise bzw. Bürger:innenräte: bei umfangreichen Vorhaben (z. B. in sozialräumlich komplexen Quartieren) als längerfristig angelegtes, projektbegleitendes Format (repräsentative Stellvertretende, regelmäßige Informationen, intensive Mitarbeit, Aufwandsentschädigung sowie verbindliche Ergebnisse für die Entscheidungstragenden) • Experimentelle oder provisorische Maßnahmenumsetzung als inklusive Möglichkeit, Verbesserungsvorschläge einzubringen (z. B. Realexperimente, Pop-Up-Maßnahmen und Realbeteiligungen) • Digitale Umfragen und Abstimmungen in verschiedenen Projektphasen (Einstellung zu richtungsweisenden Entscheidungen, Abstimmung zu konkret geplanten Maßnahmen und Szenarien sowie Bewertung bereits umgesetzter Maßnahmen), wichtig dabei: Transparenz im Umgang mit den Ergebnissen, niedrigschwellig (z. B. Teilnahme mit wenig Vorwissen ermöglichen, reduzierte Antwortmöglichkeiten) • Kontinuierliche:n Ansprechpartner:in in der Verwaltung für Hilfestellung zum Thema Partizipation vorsehen

Ausblick

Die Ergebnisse der Auswertung bieten wichtige Erkenntnisse in Bezug auf das Thema sozial-inklusive Planungs- und Partizipationsprozesse. Die Handlungsempfehlungen sollen insbesondere bei der Durchführung von Fokusgruppen und anderen Formaten von Beteiligung und qualitativer Datenerhebung bei marginalisierten Personengruppen und Menschen mit einer ablehnenden Haltung gegenüber der

Mobilitätswende unterstützen. Die gesammelten Erkenntnisse fließen in die Erarbeitung eines Leitfadens für die kommunale Planungspraxis mit Handlungsempfehlungen für die Gestaltung sozial-inklusiver Partizipation sowie in den Abschlussbericht des Projekts ein.

LITERATURNACHWEISE

Başaran, Emine (2006) Imece. Gemeinschaftsarbeiten mit vereinten Kräften: Beteiligung und Aktivierung türkischsprachiger Bewohnerinnen und Bewohner im Quartiersmanagementgebiet Wrangelkiez. <https://digital.zlb.de/viewer/metadata/15476910/0/>. [11.01.2023].

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg (2020) Bezirksregionenprofil Teil I, Ausgabe 2020: Südliche Luisenstadt, Berlin. https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/service-und-organisationseinheiten/bezirkliche-planung-und-koordinierung/sozialraumorientierte-planungskoordination/bezirksregionenprofile/2020_bzrp_i_020304_suedliche_luisenstadt.pdf. [18.03.2022].

Grallath, Anna, Gude, Sigmar & Rohde, Martin (2020) Repräsentative Anwohner*innenbefragung zur Machbarkeitsuntersuchung „Verkehrswende Wrangelkiez“: Bericht zur Auswertung der Befragungsergebnisse, Berlin.

Habringer, Magdalena & Stoik, Christoph (2022) Ein begleiteter Nachverdichtungsprozess: Die beteiligten Akteur_innen und ihre Handlungslogiken | soziales_kapital. https://soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/765/1396s_k_Ein. [05.01.2023].

Hartfiel, Annette & Knapschinsky, Marian (2020) Ergebnisse der Gewerbebefragung Juli / August 2020, Berlin. <https://hidrive.ionos.com/Ink/J5Cmmphz#file>. [18.03.2022].

Healey, Patsey (2006) Collaborative Planning: Shaping Places in Fragmented Societies, Hampshire / New York.

Hetze, Willi (2020) Versammlungen in Krisenzeiten – Eine Typologie anhand des Konfliktverlaufs. In: Bochmann, C. & Döring, H. (Hrsg.) Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten. Springer VS, Wiesbaden, pp. 139–166. https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-28347-6_8#Sec1.

Mayring, Philipp (2015) Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken, 12., vollständig überarbeitete und aktualisierte Aufl.

Beltz, Weinheim. <http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-epflicht-1136370>.

Mouffe, Chantal (2014) Agonistik: Die Welt politisch denken, Originalausgabe. Suhrkamp Verlag, Berlin. <https://ebookcentral.proquest.com/lib/kxp/detail.action?docID=5776558>.

Pelz, Corinna, Schmitt, Annette & Meis, Markus (2004) Knowledge Mapping als Methode zur Auswertung und Ergebnispräsentation von Fokusgruppen in der Markt- und Evaluationsforschung. Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research, Vol 5, No 2 (2004): Qualitative Market, Media and Opinion Research.

Roderer, Johannes, Vobruba, Martha & Schwedes, Oliver (2022) Nahmobilitätskonzept Wrangelkiez: Ein integrierter Planungsansatz für die Verkehrswende im Wrangelkiez, Berlin. https://wrangelkiez.hypotheses.org/files/2022/07/Nahmobilita%CC%88tskonzept_Wrangelkiez.pdf.

Schulz, Marlen (2012) Quick and easy!? Fokusgruppen in der angewandten Sozialwissenschaft. In: Schulz, M., Mack, B. & Renn, O. (Hrsg.) Fokusgruppen in der empirischen Sozialwissenschaft: Von der Konzeption bis zur Auswertung. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, pp. 9–22.

Statistisches Bundesamt (2020) Migrationshintergrund: Definition. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Glossar/migrationshintergrund.html>. [23.12.2022].

Vobruba, Martha (2021) Mobilität von türkeistämmigen Frauen: Verkehrswende Wrangelkiez. Nahmobilität Wrangelkiez. https://wrangelkiez.hypotheses.org/files/2022/01/Bericht_Mobilitaet_tuerkeistaemmigeFrauen.pdf. [22.12.2022].

Vobruba, Martha & Roderer, Johannes (2023) Konfliktfelder bei der Mobilitätswende im Wrangelkiez, Berlin.



**Nah
Mobilität
Wrangelkiez**